

Bericht

des Unterrichtsausschusses

über den Antrag 727/A(E) der Abgeordneten DDr. Erwin Niederwieser, Kolleginnen und Kollegen betreffend 800 zusätzliche LehrerInnen-Dienstposten für Integrationsunterricht

Die Abgeordneten DDr. Erwin Niederwieser, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 16. November 2005 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Die Integrationsfrage und Sprachförderung von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache ist ein Problem, das dringend gelöst werden muss“, betonte der Vorsitzende der Landeshauptleutekonferenz, LH Dr. Jörg Haider, am 4. November 2005 im Anschluss an die Herbsttagung der Landeshauptleute. Seitens der Landeshauptleutekonferenz wurde dazu eine Resolution einstimmig verabschiedet. Darin heißt es, dass der Deutsch-Unterricht für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache aus den Landesbudgets finanziert werde, obwohl dies eine ursächliche Bundesaufgabe sei. Daher sei für die tatsächliche Anzahl ausländischer SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache die entsprechende Anzahl an LehrerInnen-Dienstposten in allen Bundesländern zur Verfügung zu stellen. Das Problem mangelnder Sprachkenntnis stelle eine Bildungsbarriere dar und führe direkt in die Arbeitslosigkeit. Bundesweit liege der Bedarf bei bis zu 800 Integrations-LehrerInnen. Österreich sollte sich der Aufgabe der Integration stellen, Ghettoisierung und Ausgrenzung müssen verhindert werden. Gerade das Beispiel der aktuell ausgebrochenen Unruhen in Frankreich zeige die Probleme auf, wenn das Entstehen von Parallelgesellschaften nicht rechtzeitig verhindert würde.“

Der Unterrichtsausschuss hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 22. November 2005 in Verhandlung genommen. Berichterstatter im Ausschuss war Abgeordneter DDr. Erwin **Niederwieser**. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Werner **Amon**, MBA und Dieter **Brosz**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag keine Mehrheit.

Als Berichterstatter für das Plenum wurde Abgeordneter Wolfgang **Großruck** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Unterrichtsausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2005 11 22

Wolfgang Großruck

Berichterstatter

Werner Amon, MBA

Obmann